

PRESSEMITTEILUNG

Nach Anschlag in Berlin: Landesregierung verurteilt Gewalt gegen Menschen beim Christopher Street Day

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat die Nachricht vom Anschlag im Zusammenhang mit dem Christopher Street Day in Berlin mit Bestürzung aufgenommen. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Innenminister Christian Pegel sprechen den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden sowie allen Verletzten ihr Mitgefühl aus. Ihr besonderer Dank gilt den Einsatzkräften, die vor Ort schnell und professionell gehandelt haben.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: „Mitten in Berlin ist eine Frau getötet worden, die für Freiheit und Liebe auf die Straße gegangen ist. Viele weitere Menschen wurden verletzt. Das entsetzt mich und macht mich traurig. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die durch diese Gewalttat getötet und verletzt wurden, bei ihren Angehörigen und bei allen, die das Geschehen unmittelbar miterleben mussten. Unsere Solidarität gilt insbesondere der gesamten queeren Community. Ein Angriff auf Menschen, die friedlich zusammenkommen, um für ihre Rechte und ihre Freiheit einzustehen, ist ein Angriff auf das respektvolle und demokratische Miteinander, für das wir in unserem Land stehen. Hass, Gewalt und Einschüchterung dürfen in unserer Gesellschaft keinen Raum bekommen. Der Islamismus ist eine reale Gefahr. Niemand darf ihn kleinreden. Ein starker Staat schützt die Schwächeren: Wir müssen Gefährder ernst nehmen, bevor etwas passiert und unser Recht muss konsequent angewandt und wenn nötig verschärft werden.“

IM

Datum: 27. Juli 2026

Nummer: 127/2026

Ministerium für Inneres und Bau

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Telefon: +49 385 588-12003

E-Mail: presse@im.mv-regierung.de

Internet: www.im.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Marie Boywitt

Die Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern verfolgen die weiteren Entwicklungen sowie den Fortgang der Ermittlungen aufmerksam. Polizei, Verfassungsschutz und die zuständigen Stellen stehen dazu mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der anderen Länder im Austausch. Erkenntnisse aus den laufenden Ermittlungen in Berlin fließen in die Bewertung der Sicherheitslage im Land ein.

Innenminister Christian Pegel dazu: „Polizei und Sicherheitsbehörden bewerten die Lage fortlaufend und richten ihre Maßnahmen an den aktuellen Erkenntnissen aus. Dazu gehört auch, bestehende Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf weiterzuentwickeln. Der Blick richtet sich dabei nicht nur auf das Veranstaltungsgelände selbst, sondern auf alle Bereiche, die für Besucherinnen und Besucher relevant sind. Ich danke allen Polizei-, Sicherheits- und Ordnungskräften sowie Veranstaltern, die das mit großem Verständnis bereits seit längerem umsetzen.“

Mit Blick auf die Ereignisse werden auch die Rahmenbedingungen für Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern erneut betrachtet. Dazu gehören insbesondere Zu- und Abwege sowie weitere öffentlich zugängliche Bereiche im Umfeld von Veranstaltungen. Gemeinsam mit Veranstaltern, Kommunen und den zuständigen Sicherheitsbehörden wird geprüft, ob und wo Anpassungen notwendig sind.

„Sicherheit bei Veranstaltungen entsteht durch eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten. Wir nehmen die Erkenntnisse aus Berlin ernst und beziehen sie in unsere Arbeit ein. Dabei geht es darum, Risiken frühzeitig zu erkennen und notwendige Maßnahmen zielgerichtet umzusetzen“, erklärte Innenminister Pegel.

Der Innenminister wird für die Landesregierung an der Mahnwache auf dem Schweriner Markt am 27. Juli 2026 um 18.00 Uhr teilnehmen.